

Sehnsucht nach der Vorkriegszeit

—
Zur Situation der Christen in Syrien

OTMAR OEHRING

Geboren 1955 in Saulgau, Koordinator
Internationaler Religionsdialog,
Hauptabteilung Europäische
und Internationale Zusammenarbeit
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Von den Auswirkungen des Konflikts in Syrien sind alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betroffen – Alawiten und sunnitische Muslime ebenso wie Christen und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften. Von den bis zu 1,6 Millionen Christen, die vor dem Beginn

des Konflikts in Syrien gelebt haben sollen, sind heute höchstens 700.000, vielleicht auch nur rund 300.000 übrig geblieben.

Den Christen in Syrien wird nachgesagt, sie seien Anhänger Baschar al-Assads, hofften also auf das Überleben des Regimes und – nach einem Friedensschluss – auf ein Leben, wie sie es vor Beginn des Bürgerkriegs geführt hätten. Aber stimmt das wirklich? Und ist das überhaupt eine realistische Aussicht?

Zweifellos hat die Mehrheit der Christen in Syrien vor 2011 die vom Assad-Regime vorgegebenen Rahmenbedingungen nicht hinterfragt, sich jeglichen politischen Engagements enthalten und sich lediglich um den Fortgang guter Geschäfte und ein angenehmes Leben gekümmert.

Dies geschah im Einklang mit dem Verhalten der christlichen Kirchen, die ihre vom Assad-Regime gewährten Freiheiten und Spielräume genutzt und sich im Gegenzug zu politischem Wohlverhalten verpflichtet hatten. An dieser Position hält die Mehrheit der christlichen Kirchenführer fest, selbst wenn sich der Diskurs verändert hat und reflektierter geworden ist. Eine für uns verstörend unreflektiert erscheinende Stimme ist mittlerweile verstummt, seit Papst Franziskus am 6. Mai 2017 den Rücktritt des vormaligen melkitisch-griechisch-katholischen Patriarchen Gregorios III. Laham, eines glühenden Anhängers des syrischen Diktators Assad, angenommen hat.

VERKLÄRUNG DES ASSAD-REGIMES

Angesichts der vor 2011 befürchteten und seither realen Bedrohung durch radikale islamistische Gruppen ist es nachvollziehbar, dass viele Christen in Syrien und ihre Führer das Assad-Regime bis heute verklären. Gleichzeitig befürchten sie, dass diese Haltung im Falle einer weiterhin nicht auszuschließenden grundlegenden Veränderung der politischen Rahmenbedingungen den Christen in Syrien gefährlich werden könnte.

Die Verklärung des Assad-Regimes geht auf Erfahrungen in der Vergangenheit zurück. Christenverfolgung im Sinne von systematischer staatlicher Benachteiligung oder gar existenzieller Bedrohung aufgrund des Glaubens hat es weder in der Amtszeit von Hafez al-Assad (6. Oktober 1930 bis 10. Juni 2000) noch unter Baschar al-Assad (ab Juli 2000) gegeben. Zudem hat das Assad-Regime entsprechend eigener politischer Kalkulationen Religions- und Weltanschauungsfreiheit gewährt. Religiöse Minderheiten wie die Christen wurden toleriert, solange – oder gerade weil – sie das Regime nicht politisch ablehnten. Im Gegenzug wurde ihnen Kultusfreiheit gewährt. Selbst die Annahme einer anderen Religion (Apostasie beziehungsweise Konversion) war gesellschaftlich zwar nicht anerkannt, jedoch nicht ausdrücklich verboten. Gleichwohl sind Christen immer wieder wegen unterstellter staatsfeindlicher Aktivitäten Opfer von Repressionen des Regimes geworden. Kirchen und Christen haben aus Gründen der Opportunität dazu geschwiegen, wohl auch schweigen müssen: die Kirchen, weil sie ihre Position – auch im Interesse der Gläubigen – nicht gefährden, die Christen, weil sie überleben wollten.

Am Beispiel der Christen in Syrien lassen sich heute aber auch Bruchlinien aufzeigen: Die vormals alles beherrschende Angst, sich frei zu äußern, ist dem Mut gewichen, genau das zu tun. Der Repressionsapparat des Regimes ist durch den Bürgerkrieg so sehr gebunden, dass ihm die Kontrolle der Bevölkerung zumindest teilweise entglitten ist. Beispielsweise wagt mancher, die ideologischen Vorgaben des Regimes im Hinblick auf die arabische Identität zu hinterfragen und die eigene ethnisch-religiöse Identität – etwa als Aramäer oder Assyrer – zu betonen.

Selbst wenn eine Zukunft ohne Assad für viele Christen weiterhin noch immer unvorstellbar ist, so ist die christliche Bevölkerung heute doch deutlicher als je zuvor gespalten – und zwar in Unterstützer und Gegner des Regimes sowie in jene Christen, die unter den gegebenen Umständen keine Zukunft mehr in Syrien sehen. Weder das Regime noch die Opposition kann sich der Unterstützung einer Mehrheit der Christen sicher sein. Ein Zeichen dafür ist, dass sich viele Christen durch Flucht dem Wehrdienst entzogen haben.

Zwar kann dem Regime keine Christenverfolgung angelastet werden; es hat aber seit 2011 ebenso wie die islamistischen Gruppen – von Al Qaida bis zum „Islamischen Staat“ – dezidiert Christen ins Visier genommen, die ihm kritisch gegenüberstanden. So bleibt unklar, ob tatsächlich islamistische Gruppen das Verschwinden des italienischen Jesuiten Paolo Dall'Oglio sowie die Entführung des syrisch-orthodoxen Bischofs Mor Gregorios Yohanna Ibrahim und des griechisch-orthodoxen Bischofs Boulos Yazigi zu verantworten haben oder ob das Regime damit in Verbindung steht.

Da sich die Christen in Syrien mittlerweile nicht mehr nur am Regime orientieren, haben sich auch neue Koalitionen ergeben. Im Nordosten Syriens, im Umfeld der Städte Al-Hasaka und Kamischli, haben Christen Milizen gegründet, die mit dem Assad-Regime verbunden sind (*Sootoro* und die *Gozarto Protection Force*). Andere christliche Milizen sind Teil der von den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (*Yekîneyên Parastina Gel*, YPG) dominierten Demokratischen Kräfte Syriens (DKS) geworden (*Sutoro* und Militärrat der *Suryoye*), die in Opposition zum Assad-Regime stehen. Die YPG ist der militärische Arm der Partei der Demokratischen Union (*Partiya Yekitiya Demokrat*, PYD), die als syrischer Ableger der kurdisch-separatistischen Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistanê*, PKK) aus der Türkei gilt.

Versuche von Christen-Vertretern, sich nach allen Seiten „abzusichern“, haben bislang in keinem Land im Nahen Osten einen Nutzen erbracht. So ist es jüngst im Nordosten Syriens zu Auseinandersetzungen zwischen der YPG und christlichen Führern gekommen, in deren Verlauf auf christlicher Seite Tote zu beklagen waren. Zudem soll die von der PYD dominierte Verwaltung die Schließung christlicher Schulen verfügt haben.

RÜCKKEHR UND EXODUS

Selbst wenn es inzwischen eine Rückkehr in zuvor umkämpfte Gebiete gibt, die nunmehr der Kontrolle des Regimes unterliegen, bedeutet das nicht, dass die Zahl der Christen in Syrien in absehbarer Zeit nennenswert zunehmen wird. Voraussetzung dafür wäre ein Ende des Bürgerkriegs und eine grundlegende friedliche Lösung des Konflikts. Dafür gibt es bislang keine ernstzunehmenden Anzeichen. Der Exodus der Christen wird deshalb vorläufig weitergehen.

In Syrien gibt es kaum noch Gebiete, die vom Bürgerkrieg verschont geblieben sind. Das gilt auch für den Küstenstreifen zwischen Tartus und Latakia. In beiden Städten, so wird berichtet, erinnerten der Konsum und das Nachtleben zeitweise fast an die Verhältnisse in den nördlichen Stadtteilen und Vororten von Beirut. Weitgehend friedlich war es lange Zeit auch im „Tal der Christen“ (Wadi al-Nasara) östlich der syrischen Mittelmeerküste. Allerdings hat die Bevölkerung in dieser Region durch Zuzug von Flüchtlingen, Christen und Muslimen aus dem Großraum der umkämpften Großstädte Homs und Hama stark zugenommen. Das Gleiche gilt für die Küstenstädte Tartus und Latakia.

Der Zuzug muslimischer Flüchtlinge in das zuvor ausschließlich von Christen besiedelte Gebiet, insbesondere in die mehrheitlich von Christen bewohnten Stadtteile von Tartus und Latakia, ist für beide Bevölkerungsgruppen zu einer lehrreichen Erfahrung geworden. Die muslimischen – sunnitischen – Flüchtlinge mussten lernen, dass sie in den Aufnahmeorten nicht in der Mehrheit sind, nicht das Sagen haben und sich anpassen müssen. Umgekehrt erleben die Christen, dass friedliches Zusammenleben mit Muslimen selbst unter schwierigen Umständen möglich ist – eine Erfahrung, die Christen in Orten wie Aleppo, Damaskus oder Homs, die traditionell von Christen und Muslimen besiedelt waren, schon lange machen konnten.

PLURALISTISCHE NACHKRIEGSORDNUNG?

Die Zivilbevölkerung in Syrien – gleich, welcher Religionsgemeinschaft sie angehört – ersehnt ein baldiges Ende des Bürgerkriegs. Die ethnischen und religiösen Minderheiten – darunter die Christen – hoffen auf eine Nachkriegsordnung, die dem ethnischen und religiösen Pluralismus des Landes Rechnung trägt. Diese Hoffnung bringen die christlichen Kirchenführer zum Ausdruck und werben in diesem Zusammenhang auch heute mehrheitlich für den Fortbestand des Assad-Regimes.

Unabhängig davon, wann der Bürgerkrieg enden und es eine friedliche Lösung für Syrien geben wird, lässt sich bereits sagen, dass – anders, als es sich die Kirchenführer und die Christen wünschen – nichts mehr so sein wird wie vor 2011. Die Alawiten (rund elf Prozent), die gegenwärtig das Regime tragen, werden nicht mehr das Sagen haben. Die Sunniten (rund 75 Prozent) werden Anspruch auf die Macht erheben. Entscheidend für die Christen wird sein, ob dann moderate, orthodoxe oder islamistische Sunniten den Ton angeben werden.